



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/013/2010)

am Donnerstag, 02.12.2010,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

FDP-Fraktion

André Schindler

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Thomas Engel

Melanie Hörenz

Dr. Dirk Jordan

Thomas Pallutt

Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Kristin Hornschild

Christina Koch

Claus Lippmann

Erik Pietsch

Jens Raubach

Martin Seidel

Regina Thielmann

Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Thomas Blümel
Sarah Buddeberg
Jan Donhauser
Claudia Joseit
Silke Schöps

Vertretung für Frau Ines Vogel
Vertretung für Herrn Tilo Kießling
Vertretung für Frau Anke Wagner
Vertretung für Frau Kristina Winkler
Vertretung für Herrn Lars Röher

Abwesend:

CDU-Fraktion

Lars Röher
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

SPD-Fraktion

Ines Vogel

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec
Markus Degenkolb
Valentina Marcenaro
Kristina Winkler
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Frau Haase
Frau Hipke
Frau Greif
Frau Grohmann
Frau Franzke

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Geschäftsbereich Soziales
Jugendamt
Jugendamt
Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen
Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen

Gäste:

Heiko Weckbrodt
Stephan Passow
Thorsten Deigweiher
Sophie Menzel
Marion Schindler
Garnet Helm
Uwe Grosser
Doro Fitzke
Vladimir Jnezko
Matthias Müller
Birgit Schmidt
Antje Skupin
Kerstin Rößinger
Kristin Pfeifer

DNN
Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Felsenweg-Institut der Karl Kübel Stiftung
Felsenweg-Institut der Karl Kübel Stiftung
LJBW e. V.
Jugendverein Roter Baum e. V.
Sächsischer Landtag
Projekt KiNET
Projekt KiNET
Mobile Jugendarbeit Dresden Süd e. V.
Malwina e. V.
apfe-Institut

Schriftführerin:

Sindy Gebhardt
|

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|---|---|----------------------------------|
| 1 | Eröffnung der Fotoausstellung "Frühe Hilfen bieten Perspektiven - Pro Kind in Sachsen" | |
| 2 | Kontrolle der Niederschrift vom 14.10.2010 | |
| 3 | Informationen/Fragestunde | |
| 4 | Vorstellung des Projektes "KiNET - Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie 2005 - 2010" | |
| 5 | Planungsbericht Inobhutnahme 2009 | V0756/10
beschließend |
| 6 | Förderung der Träger der freien Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010
- Investive Maßnahmen | V0757/10
beschließend |
| 7 | Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung
2011/2012 gemäß § 76 SächsGemO | V0822/10
beratend |
| 8 | Konzeption zur Umsetzung des § 74 SGB VIII zur Förderung der
freien Jugendhilfe 2011 (kurz: Förderkonzept) | A0301/10
beschließend |
| 9 | Berichte aus den Unterausschüssen | |

Nicht öffentlich

- | | | |
|----|---------------|--|
| 10 | Informationen | |
|----|---------------|--|

öffentlich

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Rahmen der Fotoausstellung „Frühe Hilfen bieten Perspektiven - Pro Kind in Sachsen“ im Bereich der Goldenen Pforte (Tagesordnungspunkt 1). Sie begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

Insbesondere begrüßt Frau Oberbürgermeisterin Orosz die Projektleiterin von „Pro Kind“, Frau Margot Refle, den Leiter des Felsenweg-Instituts, Herrn Günther Refle, sowie weitere VertreterInnen des Teams von „Pro Kind“.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz äußert sich lobend für das Bundesmodellprojekt, welches ein Frühpräventionsprojekt im Rahmen des Landesmodellprojektes „Netzwerke für Kinderschutz“ darstelle. Die Stadt Dresden sei einer von vier Projektstandorten innerhalb des Landesprojektes „Pro Kind Sachsen“. Sie führt weiterhin aus, dass die Fotoausstellung auf sehr persönliche Art und Weise Eindrücke von der im Rahmen der „Pro-Kind-Studie“ in den Familien geleisteten praktischen Arbeit vermittele.

Nach Besichtigung der Fotoausstellung wird der Tagesordnungspunkt 1 im Festsaal fortgeführt.

1 Eröffnung der Fotoausstellung "Frühe Hilfen bieten Perspektiven - Pro Kind in Sachsen"

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stellt zunächst noch die Beschlussfähigkeit fest. Zur Sitzung wurde form- und fristgerecht eingeladen.

Zur vorliegenden Tagesordnung teilt sie mit, dass Tagesordnungspunkt 5 „Planungsbericht Inobhutnahme 2009“ bis zur nächsten Sitzung am 13.01.2010 vertagt werde, da noch keine Beratung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung stattgefunden habe.

Diesem Anliegen wird entsprochen und die geänderte Tagesordnung wird mit 13/0/0 Stimmen bestätigt.

Frau **Refle** gibt nun anhand einer Präsentation Einblicke in die konkrete Arbeit vor Ort und stellt dem Gremium erste Ergebnisse der Studie vor.

Das Projekt „Pro Kind“ (Beginn August 2007) stelle die Förderung von Erziehungskompetenz und kindlicher Entwicklung durch frühe Hausbesuche risikobelasteter Schwangerer und ihrer Familien dar. Es sei ein Angebot der Netzwerke für Kinderschutz.

„Pro Kind“ umfasse bundesweit (Niedersachsen, Bremen, Sachsen) 755 Teilnehmerinnen, davon in Sachsen 250 und in Dresden 73 Teilnehmerinnen. 40 % der Frauen in Sachsen hätten sich selbst gemeldet (in Dresden 47 %) und 60 % seien durch Multiplikatoren, wie z. B. Ärzte, an das Projekt vermittelt worden. Frau Refle konstatiert, dass das Alter der Teilnehmerinnen mit 46,9 % bei 18 bis unter 22 Jahren liege. Der Besuch der Frauen werde durch die Familienbegleiterinnen im wöchentlichen bis 14-tägigen Rhythmus für ca. 1,5 Stunden zu Hause vorgenommen. Die Umsetzung am Modellstandort Dresden erfolge über eine Begleitung durch ein Team aus einer Hebamme und einer Sozialpädagogin, drei freiberuflichen Hebammen sowie drei Sozialpädagoginnen, verdeutlicht Frau Refle.

Des Weiteren benennt sie einige von den 19 möglichen Risikofaktoren, wie z. B. Minderjährigkeit, alleinerziehend, Vorliegen einer Sucht- oder psychischen Erkrankung sowie Gewalt-/Missbrauchserfahrung.

Im Folgenden stellt Frau Refle die Ziele von „Pro Kind“ dar. Diese seien die Gesundheitsförderung, die Erziehungskompetenz, die Entwicklungsförderung, die soziale sowie die berufliche Integration.

Schwerpunkte des Projektes setze man z. B. auf den Bindungsaufbau, die Entwicklungsförderung und das Erkennen von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung in der frühen Kindheit, legt Frau Refle dar.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** möchte nähere Erläuterungen, wie mit den Instrumenten Bindungsaufbau, Kindeswohlgefährdung etc. weiter umgegangen werde.

Eingehend auf die Anfrage von Herrn Stadtrat Hoffsommer erklärt Frau **Refle**, dass speziell im Bereich Bindungsaufbau mit dem PIPE-Programm (Partners in Parenting Education) gearbeitet werde. PIPE stelle ein Angebot für Eltern, das den Aufbau einer frühen und stabilen Eltern-Kind-Bindung fördert bzw. die mütterliche Feinfühligkeit entwickelt, dar. Es vermittele theoretische und praktische Kenntnisse über die emotionale Bindung zwischen Eltern und Kind.

Weitere Anfragen werden nicht eingebracht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

2 Kontrolle der Niederschrift vom 14.10.2010

Anfragen zur Niederschrift vom 14.10.2010 gibt es nicht. Sie wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses mehrheitlich bestätigt.

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

3 Informationen/Fragestunde

Einführend erläutert Frau **Jagdschian** das Verfahren zur Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses bei Vorlagen zur Förderung der freien Träger der Jugendhilfe.

Es finde eine sogenannte verbundene Einzelabstimmung statt. Damit werde dem Problem der Befangenheit einzelner Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bei einzelnen Fördervorhaben Rechnung getragen. Im Vordergrund stehe dabei nicht die Befangenheit selbst, welche unstrittig sei, sondern das anschließende Abstimmungsverfahren, das bei teilweise mehreren hundert Einzelmaßnahmen handhabbar bleiben müsse, betont Frau Jagdschian.

Weiterhin konkretisiert sie, dass gem. § 20 SächGemO das oder die befangenen Mitglieder ihre Befangenheit zu den jeweiligen Punkten anmelden würden. Diese Befangenheit vermerke die Schriftführerin in der Niederschrift. Um das Abstimmungsverfahren zu sämtlichen Einzelpunkten zu vermeiden, werde anschließend eine Gesamtabstimmung herbeigeführt, bei der im Ergebnis bei den Einzelpunkten die jeweilige Befangenheit gekennzeichnet und vom Gesamtergebnis in dem Punkt, in dem eine Befangenheit vorliegt, abgezogen werde. Diese Übersicht enthalte die Beschlussausfertigung in tabellarischer Form. Damit sei die Transparenz gewahrt, stellt Frau Jagdschian heraus.

Abschließend informiert sie, dass das auf Anfrage der Landesdirektion aus der vergangenen Woche von der Stadt seit vielen Jahren praktizierte Verfahren derzeit überprüft werde. Über das Ergebnis würden die Mitglieder zu gegebener Zeit unterrichtet.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** gibt bekannt, dass die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses ab März 2011 im Stadtmuseum (Landhaus) stattfinden würden.

Herr **Engel** stellt folgende Anfragen:

1. Haben alle Mitglieder des Gremiums das Schreiben zu befristeten Betriebserlaubnissen von Kindertageseinrichtungen erhalten?
2. Wann werden die Musterverträge im Jugendhilfeausschuss beraten?
3. Wie sei der aktuelle Stand zur Umsetzung des Ersetzungsantrages zum Streetwork?
4. Gibt es einen neuen Sachstand zur Kita Preller Straße 8?

Zu Frage 4 teilt Frau **Bibas** mit, dass die Fragen der Eltern vom EB Kindertageseinrichtungen schriftlich beantwortet worden seien. Das Betriebserlaubnisverfahren sei am 13.12.2010. Das Auslagerungsobjekt würde Anfang nächsten Jahres von den Kindern bezogen.

Herr **Lippmann** informiert zur zweiten Frage, dass die Musterverträge im Januar oder Februar 2011 dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt würden. Das Rechtsamt habe die vorgenommenen Änderungen geprüft und es bestünden keine rechtlichen Bedenken.

Zur Umsetzung des Ersetzungsantrages zum Streetwork mit Beschluss vom 04.11.2010 teilt Herr Lippmann zunächst mit, dass dieser Ersetzungsantrag nicht rechtswidrig sei. Der geltende Jugendhilfeplan mache unter Nummer 2.2.1 keine Angaben zur quantitativen Ausstattung in diesem Leistungsfeld. Damit gebe es keine Grundlage, die Personalkapazität der Kommune jugendhilfeplanerisch unter 2.2.1 zu verankern, konstatiert Herr Lippmann. Der Personaleinsatz in der Kommune erfolge unabhängig vom Jugendhilfeplan. Herr Lippmann betont, dass die Umsetzung des Ersetzungsantrages somit eine vorgezogene Änderung des Jugendhilfeplanes darstelle. Im neu zu erstellenden Jugendhilfeplan seien für alle Leistungsfelder quantitative Aussagen zu definieren und im Gesamtplan durch den Jugendhilfeausschuss zu beschließen. Ab 2011 habe man in den neuen Stellenbeschreibungen des ASD methodisch die Elemente der Straßensozialarbeit aufgegriffen. Diese Stellen seien im Stellenplan dem Jugendamt, Abt. Soziale Jugenddienste, zugeordnet.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** äußert, dass die erste Frage von Herrn Engel mitgenommen werde.

Zur Kita Prellerstraße sei für Herrn **Stadtrat Blümel** von Interesse, in welchem Zeitraum der Ersatzneubau stattfinden solle.

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Stadtrat Blümel legt Frau **Bibas** dar, dass der Ersatzneubau im Jahr 2012 beginne.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** wünscht, dass die Ausführungen von Herrn Lippmann zum Streetwork den Mitgliedern des Gremiums schriftlich zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin bittet er um Aufklärung, ob sich an der Situation des Streetworks nichts ändern werde. Wie werde mit den im Jahr 2010 geförderten Streetwork-Stellen bei den freien Trägern umgegangen? Der Jugendhilfeausschuss müsse entscheiden, ob weiterhin für Streetwork Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, hebt Herr Stadtrat Hoffsommer hervor.

Eingehend auf die Anfragen von Herrn Stadtrat Hoffsommer teilt Herr **Lippmann** mit, dass der Förderbeschluss 2011 nicht im Januar 2011 vorliege. Die Förderung werde wie in den letzten Jahren auf dem gleichen Niveau durchgeführt. Ausnahme würden die zeitlich befristeten Projekte darstellen. Die von Herrn Stadtrat Hoffsommer genannten geförderten Streetwork-Stellen bei den freien Trägern stellen temporär geförderte Projekte dar.

Frau **Buddeberg** fragt, welche Rahmenbedingungen es im Hinblick der Sachkosten für die in Dresden geplante Bürgerarbeit gebe. Das Jugendamt solle bereits Bedarfszahlen für die freien Träger benannt haben. Des Weiteren möchte sie einen aktuellen Stand zur Jugendherberge „Rudi Arndt“ sowie zum Leitbild Kinderfreundliche Stadt.

In Beantwortung der Anfrage von Frau Buddeberg zur Bürgerarbeit führt Herr Bürgermeister Seidel aus, dass die potenziellen Arbeitgeber 100 % der Lohnkosten inklusive Arbeitgeberanteil vom Bund finanziert bekämen. Bürgerarbeit werde im Wesentlichen AGH-Entgeltmaßnahmen ersetzen. Ziel sei eine anteilige Sach- und Verwaltungskostenfinanzierung, sodass ab 01.02.2011 erste Stellen eingerichtet werden könnten, verdeutlicht Herr Bürgermeister Seidel.

Die Thematik Kinderfreundliche Stadt sei an die Existenz des Kinderbeauftragten gebunden gewesen, welcher aber nicht in der Landeshauptstadt Dresden existiere, konstatiert Herr Lippmann. Der letzte aktuelle Stand werde noch einmal recherchiert, da es eine Reihe von Beschlüssen gegeben habe. Auch der Versuch, einen Kinderbeauftragten zu integrieren, sei bisher erfolglos geblieben und somit sei die Thematik vor einigen Jahren auf Eis gelegt worden, erklärt Herr Lippmann. Eine Handreichung werde den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Zur Jugendherberge „Rudi Arndt“ berichtet Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**, dass noch Gespräche laufen würden. Bei vorliegenden Ergebnissen werde das Gremium informiert.

Auf Nachfrage von Herrn **Stadtrat Hoffsommer** zum weiteren Verfahren mit der Bearbeitung der Widersprüche zur Förderung im Jahr 2010 (Schreiben vom 22.11.2010) bzw. zu den kürzlich versandten Zuwendungsbescheiden für einzelne Träger teilt Herr **Lippmann** mit, dass die Bearbeitung der Widersprüche nicht dieses Jahr ende, sondern bis zum Abschluss des Verwaltungserfahrens weiterlaufe. Dies sei ein Unterschied zu den jetzt versandten Nachbewilligungen. Am Jahresende gebe es noch einmal eine Gesamtübersicht zu den Nachbewilligungen für das Gremium.

Herr **Engel** drückt sein Entsetzen über die Umsetzung des Ersetzungsantrages zum Streetwork aus. Die heutigen Ausführungen würden nicht die in dem Antrag begründete Intension des Ausschusses darstellen.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** schlägt vor, sich im Anschluss an die Sitzung noch einmal mit Herrn Engel zusammen zu setzen.

Frau **Hörenz** fragt, auf welcher Grundlage die freien Träger handeln sollen, wenn es keinen anerkannten Kostenfinanzierungsplan gebe.

Das Anliegen werde mitgenommen und noch dieses Jahr schriftlich beantwortet.

Frau **Hornschild** habe eine Frage zum Bildungspaket des Bundes. Wie könnten informelle Angebote/Strukturen mit einbezogen werden? Wäre dies ein Thema für den Jugendhilfeausschuss?

Zur Anfrage von Frau Hornschild stellt Herr **Bürgermeister Seidel** heraus, dass Dresden die Umsetzung des Bildungspaketes ab 03.01.2011 zunächst bei der ARGE/Jobcenter anbiete, vorbehaltlich des Beschlusses im Bundesrat am 17.12.2010. Ziel sei aber, perspektivisch die Umsetzung komplett als Kommune zu übernehmen. Es werde weiterhin im Jugendhilfeausschuss bzw. Unterausschuss darüber informiert.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

4 Vorstellung des Projektes "KiNET - Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie 2005 - 2010"

Frau **Pfeifer** stellt das Projekt „KiNET - Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie 2005 - 2010“ anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation liegt allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in ausführlicher Form vor.

Das Projekt „KiNET“ suche nach Entwicklungspotenzialen und möglichen Handlungsansätzen für und mit Kindertageseinrichtungen sowohl zur Gestaltung von Lebens- und Aufwachbedingungen als auch zur Förderung von Kindern und Familien in Dresden-Gorbitz.

Man unterscheide zwei Bearbeitungsstränge, zum einen den sozialraumorientierten Ansatz und zum anderen den frühpräventiven Ansatz, erläutert Frau Pfeifer.

Im Folgenden benennt Frau Pfeifer die Ergebnisse der jeweiligen Bearbeitungsansätze. Ergebnisse des sozialraumorientierten Ansatzes seien die Etablierung der Kontakt- und Kommunikationsstrukturen, die differenzierte Problem- und Bedarfsbeschreibung, die gemeinsame Entwicklung von Handlungsansätzen sowie das verbesserte individuelle und institutionelle Handeln.

Die Stärkung der Wahrnehmungs- und Reflexionskompetenzen sowie die erhöhte Handlungssicherheit von Fachkräften stellen die Ergebnisse des frühpräventiven Ansatzes dar.

Frau Pfeiffer stellt des Weiteren das entwickelte sozialraumorientierte Konzept für Frühprävention als „Dresdner Modell“ vor.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** dankt der Berichterstatteerin und informiert, dass das Projekt fortgesetzt werde.

Herr **Bürgermeister Seidel** fügt hinzu, dass im nächsten Jahr der Stadtteil Dresden-Prohlis geeignet sei. Die Finanzierung erfolge bis Mitte nächsten Jahres aus den Mitteln des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen. Die Finanzierung solle aber fortgesetzt werden.

Herr **Engel** bittet um Prüfung, ob auch Ableitungen für andere Bereiche möglich seien, wie z. B. für Jugendhilfe. Könne die Prozessbegleitung weiterhin sichergestellt werden?

Es werden keine weiteren Anfragen eingebracht. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** beendet den Tagesordnungspunkt.

5 Planungsbericht Inobhutnahme 2009

**V0756/10
beschließend**

Vertagung

- inhaltsleer -

**6 Förderung der Träger der freien Jugendhilfe im Haushaltsjahr
2010 - Investive Maßnahmen**

**V0757/10
beschließend**

Herr **Pallutt** erklärt sich für den Träger AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH für befangen.

Es besteht kein Vorstellungsbedarf. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** bringt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Träger der freien Jugendhilfe gemäß Anlage zu fördern. Der Förderanteil des Jugendamtes wird auf max. 95 % der zuwendungsfähigen Ausgaben festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13

Nein 0

Enthaltung 1

**7 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung
2011/2012 gemäß § 76 SächsGemO**

**V0822/10
beratend**

Seitens des Unterausschusses Jugendhilfeplanung erfolge keine Berichterstattung. Es liegt ein zustimmendes Votum vor. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stellt die Vorlage auf Basis der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die nachfolgend genannten Einwendungen werden zurückgewiesen:

1. Schulen
2. Bereich Kinder- und Jugendarbeit im Haushalt 2011/2012
3. Kürzungen von Sozialleistungen
4. Sozialpsychiatrische Hilfen – Psychosozialer Trägerverein
5. Waldschlößchenbrücke
6. Ausbau Quohrener Straße
7. Umbau Kulturpalast
8. Verkehrssicherheit Radverkehr

9. Wissenschaftsstandort Dresden Ost/Flächenentwicklung im Umfeld der Winterbergstraße
10. Allgemeine Anmerkungen zum Doppelhaushalt 2011/2012

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9

Nein 3

Enthaltung 2

8 Konzeption zur Umsetzung des § 74 SGB VIII zur Förderung der freien Jugendhilfe 2011 (kurz: Förderkonzept) A0301/10 beschließend

Frau **Hörenz** bringt den Antrag ein und begründet diesen. Seit September 2010 habe man das Förderkonzept im Unterausschuss „Förderung“ diskutiert. Zukünftig solle mehr Zeit eingeplant werden, sodass es als Verwaltungsvorlage eingebracht werden könne.

Etwa 25 % der Mittel seien für stadtweite Angebote und ca. 75 % für Angebote in den einzelnen Ortsamtsbereichen, erklärt Frau Hörenz.

Sie betont, dass das rein fiskalische und indikatorengestützte Förderkonzept auf keiner planerischen Grundlage basiere, da der Teilfachplan noch nicht vorliege.

Im Folgenden gibt Frau Hörenz redaktionelle Änderungen in den Anlagen bekannt:

- Seite 3 Punkt i des Förderkonzeptes: Streichung des Wortes „**Notfallfonds**“
- Anlage 1: Y größer durch **Y kleiner** ersetzen
- Anlage 1 und 2: Bildung eines „Ausgleichsfonds“ in Höhe von **1 %** von Y statt 1 - 2 %

Abschließend bittet Frau Hörenz darum, dass das Förderkonzept auf dem Jugendinfo-Server veröffentlicht werde.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stimmt den Änderungen so zu.

Frau **Buddeberg** sehe das gesamte Konzept als sehr problematisch, da eine Vielzahl ungeklärter Mängel vorhanden sei und aufgrund der Kürze der Zeit auch keine Alternativen dafür gefunden werden konnten.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** beantragt fünf Minuten Auszeit zur Formulierung eines Ergänzungsantrages.

Diesem Antrag wird mit 15/0/0 Stimmen stattgegeben.

Der Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Hoffsommer lautet wie folgt (Seite 3 des Konzeptes, unter Punkt 5):

Dazu zählen ausdrücklich die 2010 geförderten Angebote des Streetworks bei den Trägern:

- **Verein zur Förderung der Jugend e. V. (0,5 VzÄ)**
- **Treberhilfe Dresden e. V. (1,5 VzÄ)**
- **Roter Baum e. V. (0,5 VzÄ)**

Herr **Bürgermeister Seidel** halte den Ergänzungsantrag aus jetziger Sicht für schwierig. Aus seiner Sicht seien von den 2,5 Stellen 1,5 Stellen notwendig.

Die Notwendigkeit für Streetwork in Dresden-Gorbitz bestehe zweifelsfrei, aber solle eine andere Möglichkeit zur Fortführung dessen gefunden werden, merkt Herr **Schreiber** an.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz bringt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Hoffsommer zur Abstimmung.

Dieser wird mit 7 Ja/1 Nein/7 Enthaltungen bestätigt.

Abschließend macht Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** im Hinblick der Kritik zur fehlenden Jugendhilfeplanung deutlich, dass sich die Stadtverwaltung seit Monaten um die Akquisition von externen Partnern bemühe.

Nun bringt Frau Oberbürgermeisterin Orosz den so ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Konzeption zur Umsetzung des § 74 SGB VIII zur Förderung der freien Jugendhilfe 2011 (kurz: Förderkonzept) gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 14

Nein 1

Enthaltung 0

9 Berichte aus den Unterausschüssen

Auf Nachfrage von Frau **Hörenz** zur Fördervorlage 2011 informiert Herr **Lippmann**, dass diese am 10.03.2011 im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden solle. In der Verwaltung werde die Vorlage im Dezember fertiggestellt sein.

Herr **Stolte** berichtet aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung. In mehreren Sitzungen habe man die Jugendhilfeplanung beraten und diskutiert. Wenn die Fördervorlage 2012 auf Grundlage einer beschlossenen Jugendhilfeplanung erfolgen solle, müsse diese spätestens am 30.06.2011 im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden, betont Herr Stolte.

Der Niederschrift sind entsprechende Informationen zur Jugendhilfeplanung beigelegt.

Des Weiteren habe er die Bitte, dass die im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Fachthemen 2010 für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung auch im nächsten Jahr noch Bestand haben.

Aus dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung informiert Herr **Engel**: Themen seien die Auswertung des Rankingverfahrens zum Trägerschaftswechsel Kita Am Lehmberg, die Anhörung der Elterninitiative des Waldhauskindergartens Prellerstraße 8 sowie das Fachthema Programmentwicklung "Dresdner Ganzttag" gewesen.

Es besteht kein weiterer Informationsbedarf. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** dankt allen für die geleistete Arbeit in diesem Jahr und wünscht ein frohes Weihnachtsfest. Weiterhin hofft sie auf gute Zusammenarbeit im Jahr 2011.

Sie beendet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 20:15 Uhr.

Helma Orosz
Vorsitzende

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Jens Hoffsommer
Stadtrat

Franz-Josef Fischer
Stadtrat